



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode, 1987-1988

13.12.1989 - Drucksache 12/742

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Maßnahmen zur Förderung der Wohnungsversorgung wirtschaftlich und sozial Benachteiligter im Lande Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß die Wohnungsnot sozial und wirtschaftlich Benachteiligter im Lande Bremen nur mit gezielten Maßnahmen für diese Personenkreise verringert und behoben werden kann, da ihre Durchsetzungschancen auf dem freien Wohnungsmarkt gerade angesichts der Verknappung des Wohnraums äußerst gering sind. Die Schaffung und Sicherung von ausreichendem Wohnraum für diesen Personenkreis kann kurz- und mittelfristig nur über die Verbesserung der Zugriffsmöglichkeiten der Kommunen Bremen und Bremerhaven auf den Wohnungsbestand erfolgen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

A. Zielgruppenübergreifende Maßnahmen:

1. Der Senat wird aufgefordert, die **dauerhafte Sozialbindung** von öffentlich gefördertem Wohnraum bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen unter kommunaler Regie oder mit kommunalen Einfluß durch entsprechende Verankerung in der **Satzung dieser Unternehmen** sicherzustellen.
2. Der Senat soll bei öffentlich gefördertem Wohnraum im Eigentum privater Wohnungsunternehmen durch **Ankauf** oder **andere geeignete Maßnahmen** sicherstellen, daß die **Sozialbindung dauerhaft erhalten** bleibt.
3. Der Senat soll die Wohnungsbauförderung vor allem auf den **Mietwohnungsbau** konzentrieren.
4. Die Zahl der **Belegwohnungen** ist entsprechend dem Bedarf für Wohnungssuchende mit besonderen Problemen (ausländische Flüchtlinge, Haftentlassene, alleinstehende Wohnungslose, Drogenabhängige usw.), mindestens jedoch auf 2500 Wohnungen 1990 zu erhöhen.
5. Um die Chancen für diesen Personenkreis auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt zu verbessern, sollen im Rahmen der Sozialhilfe die Kostenübernahme für **Maklergebühren und Deponat** erleichtert werden.
6. Die **Unterbringungsquote** nach dem Wohnungsnotstandsvertrag ist durch geeignete personelle und organisatorische Maßnahmen 1990 deutlich zu erhöhen. Für Bremerhaven soll ein entsprechender Vertrag mit den dortigen Wohnbaugesellschaften vereinbart werden.
7. Der Senat wird aufgefordert, Verhandlungen mit den privaten Wohnungsgesellschaften aufzunehmen, um den **Wohnungsnotstandsvertrag** auf alle Träger zu erweitern, die über mehr als 50 Wohnungseinheiten verfügen.
8. Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich die **Zweckentfremdungsverordnung** zu erlassen. Er soll ferner prüfen, ob durch gesetzliche Maßnahmen erleichterte Voraussetzungen bei zweckentfremdeten leerstehenden und ungenutzten Wohnungen für eine **Beschlagnahmung** geschaffen werden können.

B. Maßnahmen für besondere Personengruppen

1. Der Senat wird aufgefordert, durch Verhandlungen mit den Wohnungsbauträgern und Differenzierung der Wohnbauförderung verstärkt die Schaffung von **kleineren und preisgünstigen Wohnungen** für alte Menschen und alleinstehende sozial und wirtschaftlich Benachteiligte zu fördern.
2. Für alte und behinderte Menschen sind ausreichend alten- und behindertengerechte und -freundliche Wohnungen zu schaffen. Der Senat wird aufgefordert, durch geeignete personelle und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, daß bei sämtlichen Neubauwohnungen zumindest im **Erdgeschoß rollstuhlfreundliche** Wohnungen entstehen. Alle neuen und umgerüsteten alten- und behindertenfreundlichen Wohnungen sollen **stufenlos ebenerdig** oder durch ausreichend große **Aufzüge** erreichbar sein.
3. Eine **Wohnberatungstelle** für ältere und behinderte Menschen soll die Beratung der Betroffenen und der Wohnungsbauunternehmen bei der Anpassung von Wohnungen sicherstellen. Diese sollte möglichst in freier Trägerschaft organisiert werden.
4. Mit den Wohnungsbaugesellschaften sollen Vereinbarungen getroffen werden, freiwerdende ebenerdige oder geeignete Hochparterrewohnungen **alten- und behindertenfreundlich** anzupassen.
5. Über ein System von festen **Quotierungen an den Belegwohnungen** soll die Wohnungsversorgung von Personen mit besonderen Akzeptanzproblemen auf dem Wohnungsmarkt (Drogenabhängige, alleinstehende Wohnungslose, Personen mit Suchtproblemen, Haftentlassene usw.) sichergestellt werden. Hierbei ist eng mit den sozialen Organisationen zusammenzuarbeiten. Ebenso muß den freien Trägern/Vereinen in diesem Bereich eine unbürokratische Möglichkeit gegeben werden, Wohnraum zu kaufen oder anzumieten.

Frehe, Tiefenbach, Sygusch und Fraktion DIE GRÜNEN